

Protokolleintrag vom 22.10.2014

2014/313

Erklärung der FDP-Fraktion vom 22.10.2014:

Geplante Preiserhöhung der Strassenparkplätze in der Innenstadt

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Der Stadtrat höhlt KMU-Verordnung aus und setzt sich über das Gesetz hinweg

Sie mögen sich sicherlich noch erinnern und das Volk hat darüber abgestimmt. Art. 51 Abs. 2 der Gemeindeordnung verlangt, dass der Stadtrat bei der Vorbereitung der Geschäfte, die vor den Gemeinderat gehen, auf die Regulierungsfolgen für KMU achtet.

Was das heisst, hat der Gemeinderat in der Verordnung über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU für den Stadtrat vorgegeben (Art. 3 i.V.m. Art. 5): Er soll bei allen Erlassen eine Regulierungsfolgenabschätzung („RFA“) durchführen, welche feststellt, ob und wie die KMU betroffen sind. Das Resultat dieser Prüfung ist dann Teil des Antrags an den Gemeinderat.

Bei der heute an die Kommission zu überweisenden Vorlage betreffend Preiserhöhung der Strassenparkplätze in der Innenstadt setzt sich der Stadtrat einfach darüber hinweg.

Er sagt, unter Hinweis auf Art. 3.3 seiner verwaltungsinternen Anordnung über die Durchführung der RFA, dass dem Gewerbe durch die Preiserhöhung der Strassenparkplätze keine neuen Handlungspflichten mit einem finanziellen Mehraufwand entstünden und deshalb keine RFA zu Gunsten der KMU durchgeführt werden muss.

Dabei werden mit der Weisung nicht nur die Gebühren erhöht. Es werden auch neue Handlungspflichten geschaffen. Das Gebiet der Gebührenerhebung wird vergrössert und die Dauer der Gebührenpflicht wird ausgedehnt. Das sind neue Pflichten.

Dass der AL-Stadtrat mit seiner Gebührenerhöhung dem Gewerbe schadet und er dabei von den SP und grünen Stadträten gedeckt wird, überrascht die FDP nicht. Schliesslich entspricht das deren politischen Überzeugung.

Dass der AL-Stadtrat und seine Freunde aus der SP und den Grünen, sich über die Vorgaben des Volkes, des Gemeinderats und mit Bezug auf seine Leitlinien zur RFA auch auf ihre eigenen, hinwegsetzen und auf die verfassungsmässig geforderte RFA zu Gunsten des KMU verzichten, ist eine Provokation!

Alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die sich damals für die KMU-Initiative, respektive für deren Gegenvorschlag eingesetzt haben, sind hiermit aufgefordert gegenüber dem Stadtrat ein Zeichen zu setzen.

Die FDP wird in der Kommission Nichteintreten und Rückweisung an den Stadtrat mit dem Auftrag, eine RFA nachzuholen, beantragen.